

Niederschrift Nr. 32 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 18.03.2004

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:08 bis 18:52 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Richard Woldmer

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Beigeordneter Bernd Bornemann
Ratsherr Richard Janssen
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Jürjen Heinks
Ratsherr Richard Woldmer

für Ratsherrn Ihno Slieter

CDU

Ratsherr Herbert Buisker
Ratsherr Ihno Groeneveld
Ratsherr Hinrich Odinga

für Beigeordneten Helmut Bongartz

FDP

Ratsherr Meinhard Meißner
Beigeordnete Hillgriet Eilers
Ratsherr Franz Melles

für Beigeordneten Erich Bolinius

Nichtstimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

Beratende Mitglieder

Herr Jannes de Boer
Herr Dieter Dilling
Herr Johann Janssen
Herr Richard Lüppen

Von der Verwaltung

Erster Stadtrat Jan Röttgers, Verwaltungsvorstand
Fachbereichsleiter Patrick de La Lanne, FB 300
Städt. Oberamtsrat Wolfgang Münch, FB 400
Fachdienstleiter Rainer Kinzel, FD 362
Stadtamtmann Johann á Tellinghusen, FD 362
stv. Fachdienstleiter Ulrich Fortmann, FD 361
Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführung

Gäste

Herr Dipl. Kfm. Heinz Otto Müller, Firma DPW-Consulting zu TOP 5
Herr Eckhard Lukas, päd. Leiter des Ökowerkes zu TOP 5
Herr Bernd Renken, Bündnis 90/Die Grünen
2 Vertreter der örtlichen Presse
11 Zuschauer

Niederschrift Nr. 32 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 18.03.2004

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Woldmer begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung (Nr. 29) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus (Nr. 11) vom 05.02.2004

Herr Stolz weist darauf hin, dass an dieser Sitzung auch Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilgenommen haben. Sie seien in der Niederschrift nicht aufgeführt worden.

Weiterhin vermisst er zu TOP 4 seine Bemerkung, dass es einen einstimmigen Ratsbeschluss aus dem Jahre 2002 geben würde, der regelmäßig Gelder für das Radwegeprogramm vorsehe.

Herr de La Lanne entschuldigt das redaktionelle Versehen. Auch die gewünschte Ergänzung werde so aufgenommen.

Beschluss: Die Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung (Nr. 29) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus (Nr. 11) vom 05.02.2004 wird mit diesen Ergänzungen genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

Punkt : 5 Vorlage 14/1029-00
Ökowerk; - Strategische Weiterentwicklung

Herr Kinzel trägt vor, man habe mit dem Ökowerk ein Juwel, das man weiterentwickeln und auf eine dauerhaft sichere Basis stellen möchte. Jedes Jahr habe das Ökowerk über 20.000 Besucher und werde maßgebend mitgetragen vom Trägerverein Ökowerk, vom Land, vom Arbeitsamt und von vielen anderen Sponsoren. Man habe festgestellt, dass es Optimierungspotentiale gebe und über einen Zuschussförderantrag bei der Bezirksregierung sei es gelungen, das Wirtschaftsprüfungsbüro DPW Consulting in Leer mit dem Auftrag zu betrauen, Verbesserungspotentiale aufzuzeigen. Herr Müller werde in seinem Vortrag das Ergebnis der Untersuchungen vorstellen. Man habe schon begonnen, einen Teil der Vorschläge umzusetzen. So habe man die Arbeitsförderungsgesellschaft eingebunden in die sogenannte operative Betriebsführung. Die Details werde Herr Müller nun erläutern.

Herr Woldmer begrüßt Herrn Müller und bittet um Vortrag.

Niederschrift Nr. 32 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 18.03.2004

Herr Müller erklärt, er habe den Auftrag erhalten, eine Ist-Analyse der bestehenden Situation auf dem Ökowerk vorzunehmen. Es gehe insbesondere um die Abschätzung der derzeitigen Situation und um die langfristige Erhaltung des Ökowerkes als regionales Umweltzentrum. Man habe einen Zukunftsworkshop durchgeführt mit u. a. einer großen Zahl von stark engagierten Vereinsmitgliedern. Nach Interviews mit verschiedenen Gruppen und Besuchen anderer Umweltzentren habe man sich mit deren Finanzierungsbasis und Leistungsangebot auseinandergesetzt. In einem gemeinsamen Strategieworkshop sei eine Konzeption entwickelt worden. Zur Zeit befinde man sich im letzten Bereich der Umsetzungsbegleitung.

Herr Müller gibt nun einen Überblick über die in den Jahren 2002/2003 ermittelten Ergebnisse anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Er schließt mit den Worten, dass ein Gewinn oder eine Kostendeckung mit dem Ökowerk nicht zu erreichen sei. Letztendlich sei der Anspruch des Ökowerkes ein anderer und politisch auch anders gewollt. Die Kosten- und Leistungsrechnung erfolge zur Zeit als Einführung über die AAGE, das Ökowerk sei als Institution an die AAGE angebunden, um es entsprechend steuern zu können. Die Projektsteuerung erfolge über einen Projektrat, in dem sowohl die Stadt als auch der Verein Mitglieder entsende. Der neue Projektleiter sei am 01.03.2004 eingestellt worden. Weitere Schritte, um das Ökowerk dauerhaft auf eine solide Basis zu stellen, wären die finanzielle Absicherung und die Prozessbegleitung, bis das Projekt soweit wäre, dass es über eine endgültige Organisationsform, wie z. B. eine Bürgerstiftung, verfüge. Bis dieses erreicht sei, müsse der Fachdienst Umwelt weiterhin das Gesamtprojekt unterstützen und steuern.

Herr Woldmer bedankt sich bei Herrn Müller und begrüßt Herrn Lukas und bittet ihn um seine Ausführungen.

Herr Lukas weist auf die Emdener Bürgerstiftung hin, die sich momentan in der Gründungsphase befinde. Man wünsche sich, dass Stadt und Verwaltung das Projekt unterstützen würden, denn es sei ein Projekt von Emdener Bürgern für Emdener Bürger. Herr Lukas lädt interessierte Mitglieder des Rates in das Ökowerk ein, um dann auch den Sachstand der Dinge vorzutragen und um Hilfe zu bitten, damit dieses Projekt noch erfolgreicher vorangebracht werden könne.

Herr Buisker begrüßt das Projekt und fragt an, ob die zunächst befristete Anbindung an die AAGE nach zwei Jahren stillschweigend weiterlaufe. Zum anderen bittet er um Auskunft, wie es möglich sei, den Etat in diesem Jahr von 500.000 € auf 300.000 € zu reduzieren.

Frau Eilers hält es für eine sehr gute Idee, das Ökowerk voranzubringen und erkundigt sich, welche Auswirkungen die Übernahme der Trägerschaft durch die AAGE direkt auf den Haushalt habe. Weiter stellt sie die Frage, ob man schon Bestrebungen unternommen habe, Leute für das freiwillige ökologische Jahr zu gewinnen.

Herr Bornemann findet das Ziel und auch die Bürgerstiftung als Idee sehr gut. Er bittet jedoch um detaillierte Erläuterung bezüglich der Rückbaukonzentration auf Kernkompetenzen. Das Ökowerk lebe im Grunde vom ehrenamtlichen Engagement. Wenn man nun diese Strukturen einführe, bestünde die Gefahr, dass man die Ehrenamtlichkeit abwürge.

Herr Stolz schließt sich der Frage von Herrn Bornemann an und erkundigt sich, was von den Kernkompetenzen wegfallen würde. Ferner bitte er um Auskunft, wie sich das Bemühen, städtische Gelder auf dem Ökowerk einzusparen auf das so wichtige ehrenamtliche Engagement auswirke. Seines Erachtens könne man Ehrenamt nicht allein unter dem finanziellen Gesichtspunkt sehen.

Niederschrift Nr. 32 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 18.03.2004

Herr Kinzel führt aus, man habe mit der AAGE eine Vereinbarung geschlossen, die sich auf ein Haushaltsjahr beziehe, weil man nur für dieses Jahr die Finanzierung habe. Im Haushalt sei ein entsprechender Zuschuss ausgewiesen und der gehe an die AAGE, damit sie die Betriebskosten nach Sach- und Personalkosten bezahlen könne. Die Vereinbarung habe die Option auf Verlängerung vorbehaltlich des Beschlusses des Rates. Zum ändern wisse man auch nicht, wie es mit der AAGE bezüglich ABM und BSHG weitergehe. Die Absicht jedoch sei eindeutig. Man wolle das Ökowerk auf eine stabile Basis stellen und dazu brauche man wahrscheinlich fünf Jahre. Da die Haushaltslage es nicht anders hergebe, könne man zur Zeit nur von Jahr zu Jahr denken. Bezüglich der Bürgerstiftung hoffe man, in zwei Jahren schon soweit zu sein, dass man eine Stiftung in Gründung habe.

Durch die Anbindung und straffere Führung im ABM-Bereich erhoffe er sich eine Optimierung und damit eine Kostenreduzierung. Um das Ehrenamt mit einzubinden, würde es den Projektrat geben, der den Umbau intensiv begleite. Auf der anderen Seite könne man sich nicht alles leisten. Man habe diesen Strukturprozess durchgeführt, um zu sehen, wo die Stärken liegen würden und möchte diese in einer klaren straffen Struktur weiter ausbauen.

Herr Kinzel spricht das Freiwillige Soziale Jahr an. Zur Zeit habe man auf dem Ökowerk Zivildienstleistende. Da aber die Zivildienstzeit und somit der Bundeszuschuss zurückgehe, müsse man sich überlegen, ob das Freiwillige Soziale Jahr in Zukunft nicht kostengünstiger wäre.

Herr de La Lanne ergänzt, die Vorteile einer Bürgerstiftung seien die Stärkung der Zivilgesellschaft sowie auch des ehrenamtlichen Engagements. Das Stiftungsrecht sei in den letzten Jahren deutlich verbessert und vereinfacht worden. Ebenso würden steuerliche Vergünstigungen und Förderungen stattfinden, so dass Spenden direkt in die Stiftung hineingegeben werden könnten. Das seien zusätzliche Quellen, um das Ökowerk auf eine breitere Finanzbasis zu stellen.

Herr Stolz entgegnet, allen Beteiligten müsse auf jeden Fall ganz viel Mut gemacht werden, diesen schwierigen Prozess gut zu bestehen. Man könne jedoch das Ökowerk genauso behandeln wie vergleichbare soziale Einrichtungen, die einen Drei-Jahres-Vertrag bekämen, um sicher planen zu können. Seine Fraktion werde dieses jedenfalls in die Debatte mit einbringen.

Herr Odinga regt an, durch ein Eintrittsgeld die Einnahmeseite zu steigern.

Herr Renken fragt an, wie der Projektrat besetzt sei und ob seine Aufgaben schon in irgendeiner Form beschrieben seien. Zum anderen bittet er um Auskunft, was man unter Rückbau des Ökowerkes verstehe und ob der städtische Anteil tatsächlich von 436.00 € im Jahre 2000 auf 97.000 € im Jahre 2007 zurückgefahren werde.

Herr Kinzel erwidert, der Projektrat sei jeweils zur Hälfte mit Vertretern des Vereins und des Fachdienstes Umwelt besetzt. Er steuere die Arbeit der AAGE, kümmere sich um strategische Dinge und begleite den Umstrukturierungsprozess.

Rückbau auf Kernkompetenzen bedeute, sich auf die wichtigen Dinge zu besinnen und dadurch die Arbeiten zu vertiefen und zu verstärken und speziell die Finanzmittel gezielt einzusetzen.

Niederschrift Nr. 32 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 18.03.2004

Herr Kinzel führt aus, in diesem Haushaltsjahr sei der Ansatz von 136.000 € als Zuschuss an die AAGE beschlossen worden. Neben diesen Ansatz werde versucht, sogenannte Haupteinnahmen wie z. B. Führungen, Öko-Rallyes etc. zu erzeugen. Jedenfalls könne man nicht kostendeckend arbeiten. Dann erreiche man möglicherweise das Gegenteil. Neben diesen Haupteinnahmen gebe es auch Nebeneinnahmen wie z. B. Verkauf von Kaffeebechern, Honig, Pflanzen etc. Da habe das Ökowerk auch Potentiale, die schon in vielen Bereichen genutzt würden, aber noch besser aufgebaut werden könnten.

Herr Bornemann erkundigt sich, wann es zu konkreten Plänen käme und wann man wieder im Ausschuss davon höre.

Frau Eilers hält es für grundlegend falsch, ein Eintrittsgeld zu nehmen.

Herr Kinzel entgegnet, man werde möglichst kontinuierlich berichten. Er bittet um Nachsicht, da der Projektleiter, Herr Stang, erst zum 01.03.2004 angefangen habe und auch der Projektrat noch in den Kinderschuhen stecke. Man wolle nichts zerschlagen, sondern, das was gut war, noch besser machen, und das, was schlecht war, besser machen oder sein lassen. Man habe Anregungen durch das Gutachten bekommen, die im laufenden Jahr und in den Folgejahren umgesetzt würden.

Herr Müller fügt hinzu, er habe in der Diskussion festgestellt, dass es Bedenken geben würde, weil man hier wohl alles sehr stark betriebswirtschaftlich gesehen habe. Er hebt hervor, dass man alle Interessengruppen sehr umfangreich berücksichtigt habe. Natürlich seien die Veränderungen dem einen oder anderen weniger angenehm. Man könne jedoch darauf vertrauen, dass der Verein und auch die Stadt dort im Rahmen des Projektrates dieses entsprechend gestalten würden.

Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 6 Vorlage 14/1054-00
Benennung von Straßen im Bebauungsgebiet D 142 (Stadtteil Larrelt)

Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:

Beschluss: Die im Bebauungsgebiet D142 neu entstehenden Straßen werden wie folgt benannt:

Planstraße A	Bachstelzenweg
Planstraße B	Wiesenpieperweg
Planstraße C	Regenpfeiferweg

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 32 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 18.03.2004

Punkt : 7 Vorlage 14/1055-00
Benennung einer Straße im Baugebiet D63A II. Abschnitt 1.
Änderung (Stadtteil Conrebbersweg)

Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:

Beschluss: Die im Baugebiet D63A II. Abschnitt 1. Änderung neu entstehende Straße wird

Manslagter Weg

benannt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 8 Vorlage 14/1057-00
Benennung von Straßen im Baugebiet D 140 (Stadtteil Uphusen)

Frau Eilers erklärt, sie habe mit dem „Brassenring“ ästhetische Probleme. Sie schlägt als Bezeichnung „Brassenweg“ vor.

Herr Röttgers entgegnet, es handele sich aber um einen Ring.

Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:

Beschluss: Die im Baugebiet D140 neu entstehenden Straßen werden wie folgt benannt:

**Planstraße A
Planstraße B**

**Rotfederstraße
Brassenring**

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 010
Dagegen: 001
Enthalt.: 000

Punkt : 9 Vorlage 14/1058-00
Benennung von Straßen im Baugebiet D98A II. Änderung (Stadtteil Wolthusen)

Frau Eilers erklärt, sie habe keine Einwände gegen die Personen, die hier ausgewählt worden seien. Sie störten nur die vielen Elemente in dem Straßennamen „Prof.-Dr.-Michael-Prestel-Straße“. Auch bei der „Dr.-Helias-Meder-Straße“ würde sie den Dokortitel streichen.

Herr Stolz weist darauf hin, dass über 150 Straßen in Emden nach Männern benannt worden seien, dagegen aber nur eine Hand voll nach Frauen. Er schlägt vor, dass man auch eine Frau als Patin heranziehe.

Frau Eilers entgegnet, sie habe im Biographischen Lexikon nachgesehen, aber keine entsprechende weibliche Person finden können, die auch thematisch passen würde.

Niederschrift Nr. 32 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 18.03.2004

Herr de La Lanne zweifelt daran, ob es der richtige Weg sei, die akademischen Titel der Herren drastisch zu kürzen. Immerhin sei es eine große Auszeichnung, dass man einen Naturwissenschaftler wie Prof. Dr. Michael Prestel in dieser Stadt gehabt habe. Das gleiche wäre auch bei Dr. Helias Meder der Fall. Eine Mitarbeiterin habe diese Namen nach Persönlichkeiten, die aus der Stadt stammen würden, ausgewählt.

Herr Stolz betont, wer sich in der Geschichte auskenne, würde wissen, dass es vielmehr kluge Frauen gegeben habe, als die Geschichtsschreibung widerspiegele.

Herr de La Lanne bittet Herrn Stolz, dass er in der nächsten Stadtentwicklungsausschuss-Sitzung geeignete Frauennamen vorschlagen möge.

Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:

Beschluss: Die im Bebauungsgebiet D98A II. Änderung neu entstehenden Straßen werden wie folgt benannt:

Planstraße A nördl. Teil	Dr.-Helias-Meder-Straße
Planstraße A südl. Teil+Planstraße C	Berend-de-Vries-Straße
Planstraße B	Prof.-Dr.-Michael-Prestel-Straße
Planstraße D	Johannes-Calvin-Straße

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 10 Vorlage 14/1081-00
Verbesserung des Wassertourismus in Emden und Ostfriesland- Antrag der FDP-Fraktion vom 05.02.2004

Herr Meißner erklärt, er halte es für den Wassertourismus in Emden für sehr wichtig, dass die ehemalige Schleuse an der Uphuser Klappe wiederhergestellt werde.

Herr Kinzel erwidert, im Rahmen des Watercity-Projektes habe man ein Bootstourismuskonzept für Emden entwickelt. In der Folge sei für Gesamtostfriesland ein Wassertourismuskonzept erstellt worden. Dieses werde im nächsten Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Tourismus ausführlich vorgestellt. Für die angesprochene Stelle sehe das Wassertourismuskonzept sogenannte Bootsrueten vor. Abschließend stellt Herr Kinzel fest, dass wie von der FDP gewünscht, die Planung aufgenommen und im Rahmen des Arbeitskreises Wirtschaft und Tourismus weiterverfolgt werde. Für den Bau müsste die Politik die entsprechenden Mittel dann bereitstellen.

Herr Buisker fragt an, ob der alte Wasserverlauf nicht mittlerweile ein Biotop geworden sei und wer die Kosten für eine eventuelle Brücke bezahlen würde.

Herr Odinga schlägt vor, die Motorboote durch die Kesselschleuse fahren zu lassen.

Frau Eilers erkundigt sich, ob der Arbeitskreis sich vorher treffe und dann Ergebnisse vorweisen könne.

Niederschrift Nr. 32 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 18.03.2004

Herr Kinzel führt aus, es würde in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt Wirtschaftsförderer geben, die sich mit dem Thema Wirtschaftsförderung und Tourismus beschäftigten. Daraus sei dieser gesamtostfriesische Wasserwanderwegeplan entstanden. Dieser Plan sei ein Planungskonzept, woraus man viele Dinge machen könne, aber nicht machen müsse. Letztendlich stehe die Frage der Finanzierung dahinter. Die gezeigte Karte gehe speziell auf den nichtmotorisierten Verkehr ein. Man habe auch kein Biotop feststellen können, so dass der Gewässerverlauf sicherlich für den nichtmotorisierten Verkehr zu nutzen sei. Ob man die Schleuse wieder aufwendig reaktiviere und nicht den Umweg über die Kesselschleuse in Kauf nehme, hänge von der Entscheidung des Rates ab und sei auch eine Frage des Geldes.

Herr Woldmer stellt fest, dass dieser Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus ausführlich behandelt werde.

Herr Röttgers betont abschließend, dass die Stadt Emden diese Schleuse aus eigener Kraft nicht wieder herstellen könne. Außerdem müsse die Schleuse hinterher auch betrieben werden. Sicherlich gebe es auch erst einmal große Untersuchungen zur Standfestigkeit der verschütteten Teile. Aus Erfahrung wisse man, dass dieses zum Neubau führen werde. Deshalb habe er die Wiederherstellung der Schleuse damals als eine Vision bezeichnet.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 11 Vorlage 14/1084-00
Geplante und genehmigte Standorte von Mobilfunkanlagen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.03.2004

Herr Renken erklärt, es habe erhebliche Beschwerden über den Aufbau des Mastes an der Alten Ziegelei zwischen Wolthusen und dem Herrentorviertel aufgrund fehlender Transparenz und Abstimmung gegeben. Herr Renken bezieht sich auf eine Vereinbarung aus dem Jahre 2001 zwischen dem Mobilfunknetzbetreiber und den Kommunalen Spitzenverbänden. Im Frühjahr 2003 habe man eine erste Vorlage über den Stand der Planungen und der erteilten Genehmigungen bekommen. Man lege Wert auf eine regelmäßige Berichterstattung über den Fortgang dieser Mobilfunkeinrichtungen.

Herr de La Lanne stimmt Herrn Renken zu, man habe im vergangenen Jahr eine umfangreiche Liste vorgelegt, damit die Fraktionen die volle Transparenz und Information über die in der Stadt vorhandenen bzw. geplanten Mobilfunkanlagen hätten. Diese Liste sei nun um die neu beantragten und geplanten Anlagen erweitert worden. Die Stadt werde von den entsprechenden Mobilfunknetzbetreiber-Firmen regelmäßig und umfangreich informiert. In Emden seien derzeit 23 Mobilfunkanlagen errichtet worden und 14 weitere seien geplant. Von diesen 23 Anlagen seien nur vier mit Masten errichtet, die anderen seien reine Antennenanlagen.

Herr de La Lanne erläutert die Rechtslage bezüglich der Genehmigungsfreiheit. Weiter erklärt er, die Fernmeldeanlage an der Alten Ziegelei liege im Außenbereich und sei eine sogenannte privilegierte Anlage und auch genehmigungspflichtig. Die Grenzwerte würden eingehalten werden. Ferner liege sogar eine Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post vor, aus der hervorgehe, dass von keiner Gesundheitsgefährdung ausgegangen werde. Die Grenzwerte seien von der Internationalen Strahlenschutzkommission festgelegt und von der Weltgesundheitsorganisation bestätigt worden. Herr de La Lanne bezieht sich auf ein Urteil des Bundesgerichtshofes vom 13.02.2004. Dort seien diese Grenzwerte ebenfalls bestätigt worden.

Niederschrift Nr. 32 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 18.03.2004

Herr Renken erwidert, es ginge ihm nicht um das rein rechtliche Verfahren, sondern um die Vereinbarung, die getroffen worden sei. Im Juni 2003 seien noch einige Hinweise und Informationen zur Vereinbarung zwischen Mobilfunkbetreiber und Kommunen entwickelt worden. Die Prüfung zur Standortauswahl sei hinsichtlich der Nähe von Kindergärten und Schulen ein wichtiger Punkt. Es werde auch häufig beklagt, dass sich insbesondere Kommunen in kleinerer oder mittlerer Größe mit der Kommunikation in ausreichendem Maße mit ihren Bürgern schwer täten. Wenn gefragt werde, warum die Mobilfunkanlage an der Alten Ziegelei nicht weiter weggesetzt werden könne, dann sei es ein Problem, was die Verwaltung nicht nach Baurecht, aber im Rahmen dieser Vereinbarung im Vorfeld hätte aufgreifen müssen.

Zu den Grenzwerten führt Herr Renken aus, dass dieses eine sehr umstrittene Frage sei und sich nicht allein um eine wissenschaftliche, sondern auch um eine politische Größe handele. Das erkenne man daran, dass die Schweiz eine Belastung um einen Faktor 10 niedriger angesetzt habe als den Grenzwert.

Herr Renken erkundigt sich, ob die Anlage in der Bolardusstraße auf dem Krankenhausschornstein einer besonderen Prüfung unterworfen worden sei, da sie sich in einem sensiblen Bereich, und zwar in der Nähe der Kinderstation und der Kindertagesstätte Barenburg befinde. Er bittet um Auskunft, ob die Vereinbarung über die Bündelung von Antennen verschiedener Betreiber auch eingehalten werde, um nicht so viele Standorte zu belegen. Weiterhin erinnert Herr Renken an die Anregung von Herrn Bolinius, die Standorte im Internet zu veröffentlichen.

Er stellt die Frage, inwieweit das Landschaftsbild bei der Abwägung über den Standort Alte Ziegelei eine Rolle gespielt habe. Seines Erachtens sei es ein Eingriff in die Natur und es müssten eigentlich Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verlangt werden.

Herr Bornemann möchte geklärt wissen, ob die genehmigungsfreie Anlage Klein-von-Diepold-Straße, die vor 2001 installiert worden sei, hinsichtlich der Auswirkungen auf die Kinder der Grundschule Grüner Weg geprüft werden könne.

Herr de La Lanne entgegnet, es sei bei der Anlage Alte Ziegelei korrekt und völlig richtig nach der entsprechenden Rechtslage entschieden worden. Auch die in der Vereinbarung genannte freiwillige Selbstkontrolle habe stattgefunden. Die Planung sei offengelegt und die Kommunen seien unterrichtet worden. Im letzten Jahr habe man auch im Stadtentwicklungsausschuss einen Antrag behandelt. In den Protokollen sei immer wieder vom Standort Alte Ziegelei die Rede.

Zu den Grenzwerten führt Herr de La Lanne aus, dass man sich an die Grenzwerte in Deutschland halten müsse und dieses als Stadt nicht beeinflussen könne. Die Werte seien vorgegeben worden von der Regulierungsbehörde der Telekom bzw. der entsprechenden Strahlenschutzkommission.

Herr de La Lanne stimmt Herrn Renken zu und wird die Anregung weitergeben, die Standorte im Internet zu veröffentlichen.

Weiter erklärt er, in Bezug auf die Anlage an der Alten Ziegelei man habe natürlich an das Landschaftsbild gedacht und auch andere Standorte geprüft. Wäre man weiter gegangen, hätte man die Innenstadt, Wolthusen und das Herrentorviertel nicht ausreichend mit Mobilfunkleistungen versorgen können. Mit zwei Antennen würde man das Landschaftsbild noch stärker beeinträchtigen.

Niederschrift Nr. 32 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 18.03.2004

Bezüglich der Anlage in der Klein-von-Diepold-Straße erklärt Herr de La Lanne, da es sich um sehr geringe Abstrahlungen handele und die Schule Grüner Weg eindeutig außerhalb des Bereichs liege, bestünde keine Gefahr für die Kinder der Grundschule.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 12 Vorlage 14/1073-00
Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP)
- Entwurf einer Änderung für den 12-Seemeilen-Bereich des Küstenmeeres

Herr Fortmann trägt vor, dass der Bereich der 12-Seemeilen-Zone bislang in der Raumordnung vernachlässigt worden sei, da er im Küstenbereich liege und sich auf die Wasserflächen beziehe. Da jedoch die Ansprüche an dieses Gebiet immer größer würden, sehe sich die Landesregierung aufgefordert, die Planung für diesen Bereich zu verdichten. Er führt weiter aus, man wolle rechtzeitig über das Landesraumordnungsprogramm informieren, damit die Gelegenheit bestehe, Anregungen zu der Stellungnahme beizusteuern. Man habe eine hausinterne Beteiligung durchgeführt und auch die Öffentlichkeit beteiligt. Zur Zeit liege der Plan im Zeichensaal des Fachdienstes Stadtplanung aus. Zudem seien die Unterlagen im Internet auf der Homepage der Landesregierung einsehbar.

Herr Fortmann erklärt den Plan anhand einer Folie.

Herr Buisker erkundigt sich, ob die Windenergieanlagen über das Jahr 2010 hinaus getestet werden dürften.

Herr Fortmann bestätigt dieses und bemerkt, diese Anlagen hätten Bestandschutz.

Herr Bornemann begrüßt es, dass eine Bündelung angestrebt werde. Er halte es jedoch für besser, in der Erprobungszeit zwei bestimmte Standorte zu errichten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 13 Vorlage 14/1074-00
Raumordnungskonzept für das Niedersächsische Küstenmeer

Herr Fortmann sagt, da die Thematik ähnlich wie beim TOP 12 sei, bitte er darum, die beiden Planungen nicht zu verwechseln. Dieser Plan habe noch keinen Rechtsstatus. Gleichwohl würden hier auch verschiedene Planungen abgestimmt werden, die sicherlich eines Tages auch Eingang ins Landesraumordnungsprogramm finden könnten.

Herr Fortmann erläutert den Plan anhand von Folien. Er weist darauf hin, dass auch diese Pläne im Zeichensaal des Fachdienstes Stadtplanung ausliegen würden und im Internet einsehbar seien. Er bittet, von den Informationsmöglichkeiten Gebrauch zu machen, damit die Stadt Emden eine gemeinsame Stellungnahme abgeben könne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 32 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 18.03.2004

Punkt : 14 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Punkt : 15 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Herr Fortmann teilt mit, dass man sich im Beirat am 24.03.2004 mit den angekündigten Leitlinien beschäftigen werde.

Auf die Frage von **Herrn Bornemann** entgegnet **Herr Fortmann**, dass der Wirtschaftsplan reduziert werden müsste. Hintergrund sei, dass die Stadt nicht so stark mit der Co-Finanzierung dieser Projekte in Vorleistungen treten könne. Man müsse nun versuchen, die Vorfinanzierung insgesamt zu strecken, so dass einige Projekte, die man sich für den Frühsommer vorgenommen habe, verschoben werden müssten. Die Zeitplanung werde so aussehen, dass man zu Beginn des Sommers zumindest einen Spielplatz umgestalte und die Schulhofplanung in den Spätsommer bzw. Herbst schiebe. Es werde eine zeitliche Verzögerung geben, die Projekte stünden aber insgesamt nicht in Frage und würden auch finanziert werden.

Punkt : 16 Anfragen

Herr Groeneveld erkundigt sich, wie die Zeitschiene der weiteren Baumaßnahmen in Uphusen aussehe.

Herr Röttgers erläutert, da die flächliche Erschließung wegen der notwendigen Vorbelastungen länger dauern werde, könne man in zwei Jahren dort mit dem Bauen beginnen.